

Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR · Lindenstraße 34 · 14467 Potsdam

Verband für Landentwicklung und  
Flurneuordnung Brandenburg  
z.Hd. Frau Stein  
Friedrich-Engels-Str. 23  
14473 Potsdam

2178/2022/ Frau Kobus  
Tel: 0331/201 55-56  
Ihr Zeichen:

Potsdam, 29. November 2022

vorab per Fax: 0331 70422-19

vorab per email: Cornelia.Stein@vlf-brandenburg.de

**Stellungnahme, Äußerung und Einwendung der o.g. anerkannten Naturschutzverbände zum Bodenordnungsverfahren Christinendorf Verfahrensnummer: 3002V, Anhörungstermin über die 1. Änderung zum Wege- und Gewässerplan nach §41 (2) FlurbG**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die im Landesbüro vertretenen anerkannten Naturschutzverbände Brandenburgs bedanken sich für die Beteiligung und übermitteln Ihnen nachfolgend ihre Stellungnahme, Äußerung und Einwendung zum o.g. Verfahren:

Wir nehmen ausschließlich zur Änderung Stellung.

Die Änderung betrifft die Errichtung eines Rinder-Pflegestandes.

Es handelt sich um den Ersatz für ein bestehendes Bauwerk. Dieses ist vollständig zurückzubauen und die Fläche ist zu entsiegeln.

Die Fläche befindet sich innerhalb des LSG „Nuthetal - Beelitzer Sander“. Wir gehen davon aus, dass die Befreiung von den Verboten im LSG von der Konzentrationswirkung der Plangenehmigung erfasst wird.

Gegen die Baumaßnahme erheben wir keine Bedenken, da sich der Standort am Rand des LSGs befindet. Es sind entsprechende Kompensationsmaßnahmen festzusetzen (Rückbau des vorhandenen, auffälligen Unterstandes). Eingriffe in geschützte Biotope sind auszuschließen.

Dabei haben wir berücksichtigt, dass die Beweidung mit Rindern dem Schutzzweck des LSGs und des benachbarten FFH-Gebietes dient.

Die Abrissmaßnahmen sind außerhalb der Brutzeit durchzuführen. Die artenschutzrechtliche Bewertung ist zu überprüfen. Entsprechend dem Niststättenerlass von Brandenburg (MLUL 2018: Windkrafteerlass vom 1. Januar 2011, Anlage 4) erlischt der Schutz der Fortpflanzungsstätte nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG für Bachstelzen und Schleiereulen erst mit Aufgabe des Reviers. Dies ist hier nicht der Fall. Für die Rauchschwalbe erlischt der Schutz mit Aufgabe der Fortpflanzungsstätte. Ob dies hier zutrifft, bleibt offen. Es sind zwingend adäquate CEF-Maßnahmen bzw. FCS-Maßnahmen vorzusehen. Die derzeitigen Maßnahmen sind nicht ausreichend. So sind Rauchschwalben sehr standorttreu und ein Ausweichen auf andere Standorte ist schwer möglich. Die Untere Naturschutzbehörde ist einzubeziehen. Es ist zu prüfen, ob eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung erforderlich ist.

Nach Möglichkeit ist für das Bauvorhaben die vom Gutachter vorgeschlagene offene Bauweise zu wählen. Es sind Nisthilfen am Bauwerk vorzusehen.

Wir bitten um Mitteilung Ihrer Entscheidung.

Mit freundlichen Grüßen



K. Kobus – Geschäftsführerin